

## Informationsvorlage der Verwaltung

Gremium	Sitzung am	Beratung
<b>Stadtentwicklungsausschuss</b>	21.03.2023	öffentlich
<b>Bezirksvertretung Brackwede</b>	27.04.2023	öffentlich

Beratungsgegenstand (Bezeichnung des Tagesordnungspunktes)

### **Planungsstand und weiteres Vorgehen zur B 61 OU Ummeln/Zubringer A33**

Betroffene Produktgruppe

Auswirkungen auf Ziele, Kennzahlen

Auswirkungen auf Ergebnisplan, Finanzplan

Ggf. Frühere Behandlung des Beratungsgegenstandes (Gremium, Datum, TOP, Drucksachen-Nr.)

#### **Sachverhalt:**

Der Bau der B 61 n hat sich aufgrund von juristischen Problemen verzögert. Es waren zwei Klagen anhängig, die im Jahr 2018 vor dem Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) verhandelt wurden. Das BVerwG hatte das Verfahren ausgesetzt und dem Gerichtshof der Europäischen Union verschiedene Fragen zur Auslegung der EU-Wasserrahmenrichtlinie und der UVP-Richtlinie vorgelegt. Aufgrund des nachfolgenden Beschlusses des Bundesverwaltungsgerichtes muss der Planfeststellungsbeschluss überarbeitet werden.

Der Rat der Stadt Gütersloh hat in seiner Sitzung am 11.11.22 eine Resolution gegen den Bau der Ortsumgehung Ummeln (B 61 neu) verabschiedet und diese am 13.02.23 persönlich durch Herrn Bürgermeister Morkes überreicht.

Die Resolution ist an den Bielefelder Oberbürgermeister mit folgenden Worten adressiert:

„Der Rat der Stadt Gütersloh fordert die Verwaltung der Stadt Bielefeld sowie den Rat der Stadt Bielefeld auf, die ablehnende Haltung sowie die Argumente des Rates der Stadt Gütersloh hinsichtlich des Baus des B 61n zur Kenntnis zu nehmen, zu berücksichtigen und den Bau der B 61n zu stoppen.“

Die Stadt Bielefeld war im bisherigen Planfeststellungsverfahren als Träger öffentlicher Belange beteiligt und hat - nachdem die Bezirksvertretung Brackwede und der Stadtentwicklungsausschuss

- sowohl 2010 (Drucksachen-Nr. 1699/2009-2014)
- als auch 2014 (Drucksachen-Nr. 0086/2014-2020)

keine grundsätzlichen Bedenken geäußert hatten – gegenüber der Bezirksregierung Detmold positiv Stellung bezogen.

Der Rat der Stadt Bielefeld hat dann allerdings am 06.02.2020 beschlossen, dass sich Bielefeld über die zur Verfügung stehenden Wege auf Landes- und Bundesebene für eine Herausnahme der B61n aus dem Bundesverkehrswegeplan einsetzen soll.

Die Verwaltung der Stadt Bielefeld befindet sich in Gesprächen mit dem Land NRW. Nach Abschluss dieser Gespräche wird die Verwaltung ihre aktuelle Bewertung und die Vorschläge zum weiteren Vorgehen in den politischen Gremien vorstellen.

**Beigeordneter**

**Adamski**